Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2456

27. 09. 95

Antrag

der Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer, Dr. Helmut Lippelt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neue europäische Sicherheitsarchitektur und die Rolle der französischen Atomwaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das Ende der Blockkonfrontation bietet eine einmalige historische Chance und gleichzeitig die Notwendigkeit, eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Grundlage für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur muß eine umfassende Abrüstung, die Stärkung der OSZE und eine Vergemeinschaftung der zivilen Aspekte der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" der Europäischen Union sein.

2. Die Schaffung einer Atomstreitmacht unter Kontrolle der Europäischen Union würde eine Militarisierung ihrer Politik bedeuten und ist abzulehnen. Eine Ausdehnung des sogenannten französischen Atomschirms stellt einen entscheidenden Schritt in diese falsche Richtung dar und ist eindeutig zurückzuweisen. Die Mitwirkung der Bundesregierung in der atomaren Planungsgruppe der NATO hat Deutschland bereits in den politischen Grenzbereich einer strikt abzulehnenden Mitverfügung über Atomwaffen gebracht.

3. Der Deutsche Bundestag bekräftigt in diesem Zusammenhang die richtungsweisenden Feststellungen des Ehrenvorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU, Dr. Alfred Dregger, in der Debatte des Deutschen Bundestages am 16. Februar 1995:

   „Kein Staatsmann, der bei Verstand ist und ein Minimum an Verantwortung empfindet, wird nach den Erfahrungen von Hiroshima, Nagasaki, aber auch Tschernobyl, Atomwaffen einsetzen. Atomwaffen sind keine Waffen des militärischen Sieges, keine Waffen der Schlacht, sie gehören erst recht nicht auf das Gefechtsfeld, und auf eigenem Territorium sind sie Selbstmordwaffen. Es darf daher keine militärische Strategie und keine militärische Doktrin mehr geben, die, und sei es als ultima ratio, den Einsatz von Atomwaffen vorsieht."

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- ihre Mitwirkung im Rahmen der atomaren Planungsgruppe der NATO ausschließlich dazu zu nutzen, sich gegen jeden Einsatz von Atomwaffen und für die Aufgabe der entsprechenden Militär-Doktrin einzusetzen. Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen als Mittel der Sicherheitspolitik ist ethisch und völkerrechtlich nicht vertretbar;
- unmißverständlich und völkerrechtlich verbindlich zu erklären, daß weder die Herstellung und der Besitz von Atomwaffen noch die Mitverfügung über Atomwaffen angestrebt werden, auch wenn die Bindungswirkung von Verträgen, auf die sich bisherige Verzichtserklärungen bezogen, nicht mehr gegeben ist;
- sich nachdrücklich für eine weltweite Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen.

Bonn, den 27. September 1995

Ludger Volmer
Angelika Beer
Dr. Helmut Lippelt
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Nach den Äußerungen des französischen Präsidenten Chirac und von Premierminister Juppé, in denen sie eine Ausdehnung des sogenannten französischen „Atomschirms" auf Deutschland und eine „Europäisierung" der französischen Atomstreitmacht in vagen Formulierungen anboten, ist unter führenden Politikern der Koalitionsfraktionen eine heftige Debatte darüber entbrannt, inwieweit man auf dieses Angebot eingehen solle. Auch innerhalb der Bundesregierung gibt es keine klare Haltung. Während der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, zurückhaltend reagierte und auf den atlantischen „atomaren Schutzschirm" verwies, bewertete der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, die französische Idee zumindest als „interessant".

Diese Diskussion berührt die gesamte Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik. In der Bundesregierung herrschen unklare Haltungen vor. Der Verweis auf den bisherigen feierlichen Verzicht auf Verfügungsgewalt über und den Besitz von Atomwaffen steht im auffälligen Widerspruch zu den Äußerungen, man müsse warten, welche konkreten Vorschläge Frankreich nun unterbreite und diese dann diskutieren. Deshalb ist es dringend geboten, daß der Bundeskanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und eindeutig klarstellt, wohin die Politik der Bundesregierung in dieser Frage führen soll.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333